

# Deutschland hat Zukunft Steuerpolitik für Wachstum und Chancen

---

**Freitag, 07. Februar 2025, um 11:00 Uhr**

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Unternehmenssteuern als Standortfaktor

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland-hat-Zukunft-Kongress zur Steuerpolitik, den wir live aus dem Haus der Bayerischen Wirtschaft in München übertragen.

Besonders herzlich begrüße ich die aktiv Beteiligten unserer heutigen Diskussionsrunde:

- Unseren Bayerischen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, lieber Hubert,
- den Bundestagsabgeordneten Sebastian Brehm, finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, lieber Sebastian,
- die Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der FDP Bayern, Katja Hessel, liebe Katja,
- den Bundestagsabgeordneten Sascha Müller von den Grünen, der dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages angehört,

- den Bundestagsabgeordneten Sebastian Roloff von der SPD, der Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages ist
- und Professor Wolfgang Schön, Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit genommen haben und uns heute Rede und Antwort stehen!

[es folgen weitere persönliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

wenn die Steuereinnahmen sprudeln und der Wirtschaft parallel das Wasser bis zum Halse steht, dann kann etwas nicht stimmen im Land.

Doch genau das ist die Realität im Februar 2025.

- Das Steueraufkommen in Deutschland hat mit fast einer Billion Euro ein neues Rekordniveau erreicht.
- Gleichzeitig steckt unser Land tief in der Krise
  - konjunkturell und auch strukturell. Hinter uns liegt bereits das zweite Rezessionsjahr in Folge. Das gab es in der Bundesrepublik zuvor nur ein einziges Mal, in der Zeit von Rot-Grün 2002 und 2003. Zudem hält der wirtschaftliche Stillstand mittlerweile schon fünf Jahre an. Eine solch lange Schwächephase gab es in der deutschen Nachkriegsgeschichte noch nie!

Fakt ist: Eine von mehreren Ursachen der gegenwärtigen Misere ist die Steuerpolitik. Das

geltende Steuerrecht verhindert Investitionen, hemmt die Konjunktur und befeuert die De-Industrialisierung. Immer mehr Unternehmen verlagern Teile ihrer Wertschöpfung ins Ausland.

Für viele Firmen ist das hohe Belastungsniveau kaum mehr zu stemmen. Im internationalen Vergleich tragen die deutschen Betriebe in aller Regel das schwerste Paket auf ihren Schultern.

Um zu verhindern, dass diese Last unsere Unternehmen vollends erdrückt, muss es der nächsten Bundesregierung gelingen, das deutsche Steuerrecht zu verwandeln: von einer Wachstumsbremse in einen Wachstumsbeschleuniger. Wir brauchen dringend Reformen!

Fünf Veränderungen sind für uns als Bayerische Wirtschaft von zentraler Bedeutung:

Erstens: Aus Belastung muss Entlastung werden!

Wir brauchen schnellstens ein Gesetz, das die Steuerlast auf einbehaltene Gewinne unabhängig

von Größe und Rechtsform der Unternehmen auf im Wettbewerb erträgliche 25 Prozent begrenzt.

Die Unternehmenssteuern müssen runter, wenn es mit Deutschland wieder aufwärts gehen soll!

Im Sinne unserer mittelständischen Betriebe sage ich auch: Der Soli muss jetzt endlich komplett weg! Er ist längst zu einer Sondersteuer für Unternehmen geworden und beschädigt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Zudem muss die nächste Bundesregierung den Einkommenssteuertarif auf Räder stellen. Die kalte Progression muss automatisch korrigiert werden! Nur so erhalten wir Leistungsbereitschaft und die Kaufkraft der Konsumenten.

Zudem darf der Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen greifen. Der Mittelstandsbauch muss weg!

Zweitens: Aus der Investitionszurückhaltung muss eine Investitionsoffensive werden!

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Zukunftsinvestitionen von höchster Bedeutung. Bleiben sie aus, bekommt die Krise chronischen Charakter. Leider halten sich die Unternehmen nun schon seit längerer Zeit mit Investitionen zurück.

- Deshalb müssen Unternehmen die Möglichkeit erhalten, Verluste umgehend und unbeschränkt steuermindernd geltend zu machen.
- Deshalb müssen die geltenden Abschreibungsfristen der Unternehmen verkürzt werden. So stehen wieder schneller Mittel für Neuanschaffungen zur Verfügung.
- Deshalb muss die nächste Regierung auch die steuerliche Forschungsförderung mehr und auch großen Unternehmen im Land zugänglich machen. Die bestehende Deckelung muss weg. Viele andere Länder sind uns hier einen Schritt voraus. Es ist an der Zeit, dass wir aufholen!

Mein dritter Punkt: Aus Substanzverlust muss Substanzerhalt werden!

Die Unternehmen im Land ächzen besonders unter den steuerlichen Substanzlasten.

Um Betriebsvermögen in der Erbschaftssteuer zu verschonen und damit Arbeitsplätze zu sichern, müssen bei uns strenge Auflagen erfüllt werden.

Diese Auflagen müssen jetzt deutlich gelockert werden. Besser wäre es sogar noch, die Erbschaftssteuer komplett abzuschaffen.

Schweden und Österreich haben gezeigt, dass ein solcher Schritt dem Wohl des Landes dienen kann.

Wir brauchen auch keine destruktive Neiddebatte über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Stattdessen sollte die Politik doch die

Möglichkeiten für jeden Einzelnen erweitern, selbst Vermögen aufzubauen!

Wir brauchen keine neuen Steuern!

Wir brauchen keine höheren Steuern!



Wir brauchen keine Leistungsfeindlichkeit!

Was wir jetzt brauchen, sind Impulse.

Was wir jetzt brauchen, sind Anreize.

Was wir jetzt brauchen, ist mehr Respekt vor  
Leistung und Unternehmertum!

Mein vierter Punkt: Aus Argwohn muss Vertrauen  
werden!

Für ein Comeback des Standorts Deutschland  
brauchen wir einen Mentalitätswandel, der sich  
auch im Steuerrecht widerspiegelt: Die neue  
Bundesregierung muss unseren Unternehmen  
mehr Freiheit geben, anstatt sie fortwährend zu  
gängeln und zu bevormunden.

Was unser Land in der aktuellen Krise sicher nicht  
braucht, sind immer neue von Misstrauen  
geprägte Bürokratie

Mein fünfter und letzter Punkt: Aus analog muss  
digital werden!

Die Digitalisierung der Steuerverwaltung  
brauchen wir auch zum Vorteil der hier  
ansässigen Unternehmen!

Der neuen Bundesregierung muss klar sein: Die  
langjährige Devise „mehr Daten, komplexere  
Vorschriften und mehr Personal für die  
Steuerverwaltung“ ruiniert unser Steuerrecht. Wir  
müssen steuerliche Vorschriften weit besser  
aufeinander abstimmen, mit deutlich weniger  
Berichtspflichten auskommen und auf radikal  
bessere Steuerverfahren setzen. Dafür ist die  
Digitalisierung Anlass, Mittel und Chance.

Meine Damen und Herren,

Gebot der Stunde ist es, in der Steuerpolitik  
grundlegend umzusteuern! Wir brauchen einen  
klaren Richtungswechsel, um aus der Krise zu  
kommen, und wir brauchen ihn jetzt.

Mehr denn je muss es Ziel der deutschen  
Steuerpolitik sein, durch signifikante Entlastungen

Wachstumsimpulse zu geben. Nur so kann unser angeschlagener Wirtschaftsstandort wieder zu Kräften kommen und ein wirtschaftliches Comeback starten.

Kurzum: Wir brauchen ein Steuerrecht, das den Unternehmen wieder mehr Freiheit gewährt, um sich entfalten zu können!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort jetzt an Professor Schön, der genau dieses Thema weiter vertiefen wird.